

dbv-Mitgliederversammlung am 8.6.2011 in Berlin zu TOP 10: Beschluss zur Beitragserhöhung 2012

Beschlussempfehlung:

Die Mitgliederversammlung beschließt, die Mitgliedsbeiträge für den Deutschen Bibliotheksverband um 10% laut beigefügter Beitragsordnung, die zum 01.01.2012 in Kraft tritt, zu erhöhen. Die aus der Beitragserhöhung erzielten Mehreinnahmen werden ausschließlich für die Erhöhung von Personal- und Sachmitteln im Tätigkeitsbereich Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit sowie Fundraising verwendet.

Begründung:

Hintergrund

Die Mitgliederversammlung hatte am 17.03.2010 mit drei Enthaltung folgenden Beschluss gefasst:

„Die Mitgliederversammlung beschließt, die Mitgliedsbeiträge für den Deutschen Bibliotheksverband laut beigefügter Beitragsordnung, die zum 01.01.2011 in Kraft tritt, zu erhöhen. Sie beschließt ebenfalls, in 2011 über eine weitere Erhöhung erneut zu diskutieren. Die aus der Beitragserhöhung erzielten Mehreinnahmen werden ausschließlich für die Erhöhung von Personal- und Sachmitteln im Tätigkeitsbereich Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit verwendet.“

Der Vorstand plant, die Mehreinnahmen ab 2015 auch für die direkte und verstärkte Unterstützung der Arbeit in den Landesverbänden einzusetzen.

Aufgabenerweiterung:

In der ersten Stufe (Umsetzung begann bereits ab 2010, ermöglicht durch die am 19.11.2009 vom Vorstand beschlossene Aufstockung der Geschäftsstelle um eine befristete halbe Stelle in 2010, finanziert aus freien Rücklagen) sollen folgende Aufgaben zusätzlich wahrgenommen werden:

- Systematische jährliche Planung der Lobbyarbeit auf Bundesebene unter Nutzung einer Kontaktdatei für Lobbyarbeit auf Bundes- und Länderebene (kostenpflichtige Datenbank) (begonnen)
- systematische Ausweitung der persönlichen Kontaktpflege zu Bundestagsabgeordneten, Bundesministerien und Bundesverwaltungen sowie zu kommunalen Spitzenverbänden (begonnen)
- Systematische Beobachtung („Monitoring“) von relevanten bundespolitischen Themen in entsprechenden Ausschüssen des Bundestages und in den entsprechenden Bundesministerien und der Bundesverwaltung (begonnen)
- In Zusammenarbeit mit Experten der Kommissionen und des Vorstandes verstärkte Erarbeitung von Stellungnahmen zu relevanten bibliothekspolitischen Themen (vor allem im Bereich Bildungs- und Kulturpolitik, Bibliotheksgesetze- und -normen/-standards, Urheberheberrecht, Open Access, Digitalisierung) (begonnen)
- Jährlicher Bericht zur Lage des Bibliothekswesens bundesweit und in den Ländern (begonnen)

Korrigierte Fassung 06.05.2011

- Organisation von Fortbildungsangeboten für Landesvorstände und Landesgeschäftsführung zu den Themen Lobbyarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Kontaktpflege auf landes- und kommunaler Ebene (begonnen, 3 Seminarangebote in 2010, Werkzeugkasten für Lobbyarbeit in Arbeit)
- Organisation von Fortbildungsangeboten für dbv-Mitglieder zu Lobbyarbeit auf kommunaler Ebene (in 2010 nicht möglich)
- Verstärkter Versand von Mustern für Pressemitteilungen für Landesverbände und Bibliotheken (begonnen)
- Realisierung eines regelmäßigen Verbandsauftritts bei der Didacta (begonnen)

Lobbyarbeit benötigt als Basis vor allem kontinuierlich betriebene Kleinarbeit (Themen- und Personen-Monitoring), effizientes Lobbying wird nur durch strukturiertes Vorgehen erreicht. Bibliotheken (allen voran ihr Verband) müssen sich in alle für sie relevanten Diskussionen einbringen. Das erfordert Personalkapazität, um schnell auf aktuelle Themen reagieren zu können. Das kann nur über hauptamtliches Personal gehen und muss von Seiten der Bundesebene – in Abstimmung mit den Landesgeschäftsführungen – auch für die Bundesländer betrieben werden, z.B. könnte die Stelle eines Länderkoordinator beim Bundesverband eingerichtet werden, der die Landesverbände beim Themenmonitoring und der länderspezifischen Lobby-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

Der Vorstand hat sich umfassend mit den bei der MV 2010 und durch Rückmeldungen von den Landesverbänden und Sektionen vorgetragenen Anregungen und Einwänden beschäftigt:

1. Die persönliche Kontaktpflege des Vorstandes und der Geschäftsstelle zu den Sektionen und Landesverbänden wurde ausgeweitet (Vorstandsmitglieder und Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle bieten aktiv an, als Referenten bei Sektionstagen und MVs der Landesverbände aufzutreten).

2. Die Ausweitung der Tätigkeitsfelder Lobby-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Fundraising kann nicht durch Verzicht auf andere Tätigkeiten in der Geschäftsstelle ermöglicht werden. Die hauptamtliche Personalkapazität der Geschäftsstelle umfasst ab 2010 (bei acht Personen) 6,75 Stellen. Diese werden aus verschiedenen Einnahmequellen finanziert:

- 2,75 Stellen aus Mitgliedseinnahmen:
(Geschäftsführung, Lobbyarbeit, anteilig Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, anteilig Projektleitung und -koordination, Mitglieder- und Finanzverwaltung, allgemeine Verwaltung)
- 2,5 Stellen aus Mitteln der Kultusministerkonferenz für das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (KNB)
(Koordination des KNB, anteilig BIX Projektkoordination, Koordination der Internationalen Kooperation, Redaktion Bibliotheksportal)
- 0,5 Stelle aus den BIX-Teilnahmegebühren (BIX- Projektdurchführung)
- 0,5 Stelle befristet aus Projektmitteln des Bundesbildungsministeriums
(Projektkoordination Kampagne)
- 0,5 Stelle befristet (aus dbv-Rücklagen in 2010, ab 2011 aus Beitragserhöhung)
(anteilig Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Ihre Tätigkeiten sind die absoluten Basisaufgaben für einen Institutionenverband. Bei den Sachaufgaben werden keine weiteren Einsparmöglichkeiten gesehen.

Korrigierte Fassung 06.05.2011

3. Der Vorschlag, anstelle von allgemeinen Beitragserhöhungen Mehreinnahmen durch zusätzliche kostenpflichtige Dienstleistungen zu erzielen, wird geprüft, eignet sich aber nicht zur kurzfristigen Realisierung. Im Gegenteil: die Schaffung neuer Dienstleistungen setzt zunächst die Möglichkeit einer Anschubfinanzierung voraus, diese Ressourcen hat der dbv derzeit in größerem Umfang nicht.

5. Die 2009-2010 zur Finanzierung und Entwicklung des Verbands eingesetzte Arbeitsgruppe empfahl, unbedingt die stärkere Verschmelzung der bibliothekarischen Verbände voran zu treiben. Dies wurde vom Vorstand aufgegriffen, es werden seit April 2010 intensive Gespräche geführt. So können hoffentlich in den nächsten Jahren die notwendigen Ressourcen für Lobby-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Fundraising von allen Verbänden gemeinsam realisiert werden.

6. Obwohl auch der neue Mindestbeitrag bzw. die Mitgliedbeiträge für kleine Bibliotheken weiterhin nicht kostendeckend sind, basiert die vorgeschlagene Beitragserhöhung weiterhin auf dem bewährten Solidarprinzip. Danach machen Bibliotheken mit weniger als 9 Personalstellen ca. 83% der dbv-Mitglieder aus, auf sie entfallen aber nur ca.32% der Mitgliedsbeiträge. Die übrigen 68% der Mitgliedsbeiträge verteilen sich auf die 17% Bibliotheken mit mehr als 9 Personalstellen entsprechend ihrer Größe.

Der Verband braucht viele Mitglieder und hier insbesondere auch die vielen kleinen Bibliotheken. Der neue Mindestbeitrag nimmt auf deren finanzielle Möglichkeiten Rücksicht.

Der Vorstand hält es für notwendig, die hauptamtliche Personalkapazität auf Bundesebene perspektivisch deutlich zu verstärken (insgesamt 2,5 zusätzliche Stellen, davon wurde eine halbe Stelle bereits mit der Beitragserhöhung 2011 realisiert). Die Beitragserhöhung soll unmittelbar auch den Landesverbänden zugute kommen (z.B. durch Geschäftsführung auf Minijobbasis). Dies erfordert bis 2016 jährliche Beitragserhöhungen von 10%.